

Heinrich Brüning – Kanzler in der Krise der Weimarer Republik. Eine Bilanz nach sieben Jahren*

Von Herbert Hömig

»Berlin, 30. Mai 1932, Montag. Brüning ist heute zurückgetreten, oder richtiger, von Hindenburg entlassen worden. Hintertreppeneinflüsse haben ihren Willen durchgesetzt wie zu Zeiten Eulenburgs und Holsteins. Damit ist eine wesentliche Verschärfung der Weltkrise eingetreten. Merkwürdigerweise hat die Berliner Börse auf die Demission Brünings, wahrscheinlich in Erwartung der Segnungen des Dritten Reiches, mit einer teilweise scharfen Hausse reagiert: Die Aktien sind gestiegen, die festverzinslichen Werte gefallen. Inflationperspektive. Der heutige Tag bedeutet das vorläufige Ende der parlamentarischen Republik«.

Diese Sätze stehen im Tagebuch des Diplomaten, Politikers und Schriftstellers Harry Graf Kessler, der als aufmerksamer Beobachter ein in vielen Details überaus realistisches Bild der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland gezeichnet hat. Sein Urteil über den Sturz des letzten Kanzlers der Weimarer Republik, dessen Kabinett zwar keine parlamentarische Mehrheit besaß, aber bis zuletzt vom Reichstag toleriert wurde, ist im wesentlichen durch die Geschichte bestätigt worden. Die Umstände von Brünings Entlassung – angeblich nicht zuletzt auf Grund der politischen Intrigen in der Umgebung des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg – sind kaum über die damals bekannten Fakten hinaus aufgehellert worden. Dabei spielte neben dem Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, General von Schleicher, auch der – wie man damals scherzhaft sagte – »in der Verfassung nicht vorgesehene Sohn des Reichspräsidenten«, Oskar von Hindenburg, eine wichtige Rolle im Hintergrund. Brünings Sturz ist nach einer verbreiteten Ansicht in erster Linie das Werk Schleichers gewesen, der zwei Jahre zuvor seiner Kanzlerschaft den Weg gebahnt hatte.

Politiker ohne Fortune?

Dieses Etikett bezieht sich auf den Anlass, nicht auf die tieferen Ursachen dieses Ereignisses. Die Geister scheiden sich an der Frage, ob die Politik des

* Vortrag im Haus der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin am 3. Mai 2000. Einzelnachweise demnächst in: H. Hömig, Brüning – Kanzler in der Krise der Republik. Eine Weimarer Biographie, Paderborn 2000.

Reichskanzlers, der über zwei Jahre während der Weltwirtschaftskrise das Reich regiert hatte, zu diesem Zeitpunkt längst gescheitert war oder vielmehr noch beachtliche innen- und außenpolitische Erfolge verhieß, die der Stabilität der Republik zugute gekommen wären. Brüning hatte sein Hauptziel, das Ende der Reparationszahlungen an die früheren Kriegsgegner, die Ententemächte, fast erreicht, die Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten verhindert und nicht ganz zu Unrecht gehofft, eine neue Hochkonjunktur werde in Deutschland früher als in den Nachbarländern einsetzen. Noch Jahrzehnte später beklagte er sich bitter, dass er »hundert Meter vor dem Ziel« gestürzt worden sei.

So weit in groben Strichen die Problemlage. Heinrich Brüning, am 26. November 1885 im westfälischen Münster geboren, war vor seiner Berufung zum Reichskanzler Fraktionsvorsitzender der Zentrumspartei im Reichstag gewesen. Karl Dietrich Bracher, einer seiner entschiedensten Kritiker, versuchte Brünings politische Fehler und Misserfolge teilweise aus seinen sonst durchaus positiven Charaktereigenschaften herzuleiten: »Heinrich Brüning entstammte westfälischem Mittelstand; er war erst 45 Jahre alt, als er nach einer steilen Karriere zur Schlüsselfigur des neuen Kurses wurde. In seinem Wesen vereinigen sich romantische und sachlich-wissenschaftliche Züge, tiefe katholische Überzeugung und nüchterne politische Einsicht zu einem fast asketischen Arbeitsethos, das sich freilich mehr an der Sache als an ihrer notwendigen psychologisch-taktischen Vorbereitung, Popularisierung und Durchsetzung im Feld des öffentlichen Meinungsstreits bewährte.«

Die umfassende Kritik, die Bracher an Brüning übt, weil dieser durch seine Notverordnungs politik zum unfreiwilligen Wegbereiter Hitlers geworden sei, klingt schon in dieser Skizze an. Der Sohn eines Essigfabrikanten und Weinhändlers in Münster verlor mit anderthalb Jahren seinen Vater, so dass die Mutter ihn und seine beiden älteren Geschwister allein aufziehen musste. Bemerkenswert an Brünings frühen Jugendjahren sind seine ausgedehnten Auslandsreisen. Als Schüler verbrachte er wiederholt die Ferien in der Normandie; als Student der Volkswirtschaft lebte er später einige Zeit in London. Er hat insgesamt zehn Jahre in München, Straßburg und Bonn studiert, das philologische Staatsexamen abgelegt und schließlich als Nationalökonom über »Die finanzielle, wirtschaftliche und gesetzliche Lage der englischen Eisenbahnen unter Berücksichtigung der Frage ihrer Verstaatlichung« (1915) promoviert. Eine akademische Laufbahn schien sich ihm zu eröffnen, ehe er sich als Kriegsfreiwilliger an die Front meldete. Brüning stand damals im 30. Lebensjahr und hätte, nachdem er früher schon wegen seiner schwachen Gesundheit für wehruntauglich erklärt worden war, dem Kriegsdienst ohne Schwierigkeiten entgehen können. An der Front im Westen brachte er es zum Leutnant der Reserve und wurde zweimal mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet.

Nach dem Kriege ging der ehemalige Führer einer »Maschinengewehrscharfschützenkompanie« in die Politik. Die in seiner Jugend angestrebte wis-

senschaftliche Laufbahn sollte er indessen erst auf dem Umweg über das Exil erreichen. Der Zentrumsabgeordnete Brüning wurde nach dem Bruch der von den Sozialdemokraten, dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten getragenen Großen Koalition unter Hermann Müller Ende März 1930 von Hindenburg zum Regierungschef berufen. Er hatte sich nicht in das Amt gedrängt und bis zuletzt den sozialdemokratischen Kanzler gestützt. Brüning hatte verhindern wollen, dass die Regierung an einem vergleichsweise geringfügigen Anlass scheiterte. Die Koalition war aber u. a. wegen des Streits um die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung um ein halbes Prozent auseinandergebrochen – trotz eines Vermittlungsvorschlages, mit dem Brüning die Regierung Müller in letzter Stunde noch hatte retten wollen.

Das »Präsidentkabinett«

Am 30. März 1930 bildete Brüning auf Wunsch Hindenburgs ein Kabinett, dem nur Mitglieder der bürgerlichen Parteien und parteilose Minister angehörten, ohne sich auf eine Koalition zu stützen. Es war ein sogenanntes Hindenburg-Kabinett, auf das insbesondere Schleicher in Verbindung mit Reichswehrminister Alfred Groener seit Monaten hingearbeitet hatte. Der neue Kanzler hoffte, dass eine Reichstagsmehrheit insbesondere seine Deckungsvorlagen zur Sanierung des seit Jahren chronisch defizitären Haushalts ohne Widerspruch hinnähme. Dies erfüllte sich nicht. Als das Parlament u. a. auf Antrag der Sozialdemokraten die beiden Notverordnungen vom 16. Juli aufhob, löste Hindenburg auf Vorschlag Brünings den Reichstag auf. Statt einer Mehrheit für die Politik des Kanzlers brachten die Wahlen vom 14. September 1930 sensationelle Stimmengewinne der Nationalsozialisten und – in geringerem Umfang – der Kommunisten. Die NSDAP vermehrte ihre Sitze von 12 auf 107; die KPD von 54 auf 77. Brüning hatte vergeblich darauf gerechnet, mit Hilfe der von den Deutschnationalen abgespaltenen »Volkskonservativen« unter Führung von Treviranus und Westarp eine neue Reichstagsmehrheit zu gewinnen. Die DNVP unter Hugenberg war dagegen immer mehr in den Sog der nationalsozialistischen Agitation geraten und verlor einen großen Teil ihrer Wähler an die NSDAP. Zuvor hatten die meisten Mitglieder der DNVP-Fraktion des alten Reichstages sich von Hugenberg getrennt. Brünings eigene Partei, das Zentrum, errang nur einen bescheidenen Zuwachs. Die Sozialdemokraten – bisher in Opposition zu Brüning – waren nun (im Herbst 1930) bereit, seine Regierung zu tolerieren. Die sich so ergebene Tolerierungsmehrheit von Sozialdemokraten und gemäßigten bürgerlichen Parteien stand bis zu seiner Entlassung durch Hindenburg hinter dem Kanzler.

Das Wahlergebnis vom 14. September 1930 bestärkte Brüning in der Überzeugung, dass der Reichstag und die Weimarer Parteien nicht imstande seien, die Staats- und Wirtschaftskrise zu meistern. Nur die Exekutive – so meinte

er – war dazu noch in der Lage. Dies hatte er schon in seiner Regierungserklärung vom 1. April 1930 angedeutet: Sein Kabinett sei an keine Koalition gebunden, auch wenn die politischen Kräfte des Reichstages »nicht unbeachtet bleiben« könnten. Es werde der letzte Versuch sein, die für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben mit dem bisherigen Reichstag zu lösen. Die fatale Reichstagsauflösung war die Antwort auf die Ablehnung der Notverordnung vom 16. Juli 1930 zur Haushaltsdeckung durch die Reichstagsmehrheit, vor allem die Sozialdemokratie, gewesen.

In den zwei Jahren seiner Amtszeit, vor allem seit dem Frühjahr 1931 betrieb Brüning eine entschiedene Sparpolitik. Sie zielte vor allem in ihrer letzten Phase, also seit Frühjahr 1931, u. a. darauf, die alliierten Mächte dazu zu bewegen, die deutschen Reparationsschulden endgültig zu erlassen. Er wollte demonstrieren, dass Deutschland die Reparationen nicht zahlen könne. Adenauers angebliche Bemerkung, Brüning rette mit seiner Deflationspolitik die Währung, ruiniere aber die Wirtschaft, trifft den Kern des Problems, die Problematik der Brüningsschen Sparmaßnahmen.

Die Weltwirtschaftskrise im Gefolge des »Schwarzen Freitags« an der New Yorker Börse am 25. Oktober 1929 blieb der bestimmende Hintergrund der Ära Brüning; sie beherrschte zwangsläufig die Innen- und Außenpolitik des Kanzlers. Brüning sah allerdings die Chance, unter Umständen zu noch größeren außenpolitischen Erfolgen als Stresemann zu gelangen, wenn er die Krise dazu nutzte, die Reparationen zu beseitigen. Jahrelang waren diese Zahlungen grobenteils mit Hilfe amerikanischer Kredite geleistet worden. Diese standen jetzt nicht mehr zur Verfügung.

Die deutsche Wirtschaft war durch die Reparationszahlungen des Ersten Weltkrieges auf Jahrzehnte hinaus jährlich in Milliardenhöhe belastet. Das galt auch nach dem Young-Plan, der am 7. Juni 1929 abgeschlossen worden war und im Unterschied zum Dawes-Plan den Umfang der alliierten Forderungen endgültig festlegte. Der Young-Plan war jedoch durch die Weltwirtschaftskrise bereits überholt und musste die deutsche Wirtschaft überfordern, wenn das Reich die regulären Zahlungen wirklich leistete, was jedoch nur bis zum Sommer 1930 der Fall war. Brüning trat dennoch dafür ein, den Young-Plan loyal zu erfüllen. Äußerste Sparsamkeit erschien ihm unumgänglich, wenn er erreichen wollte, dass die alliierten Wiedergutmachungsforderungen – nach geschützten wie ungeschützten Reparationszahlungen – gemildert würden. Darin folgte er seinen Vorgängern, setzte jedoch die Akzente anders.

Kein Spiel mit der Krise

Brüning's Politik ist kein Spiel mit der Krise gewesen, wie seine Gegner und Kritiker meinten, aber sie kalkulierte die Krise ein. Er hoffte, dass das Land und seine Wirtschaft die Wirtschaftskrise durch eine entschiedene Sparpolitik

überstehen konnte. Diese Zielsetzung und ihre Methoden sind bis heute umstritten, u. a. deshalb, weil der Kanzler gestürzt wurde, ehe er die Probe aufs Exempel seiner Politik machen konnte. Brüning wurde ja nicht von seinen erklärten Gegnern im Parlament und in der Öffentlichkeit zu Fall gebracht, sondern von jenen Kräften, die ihn Ende März 1930 zum Leiter der deutschen Politik gemacht hatten. Der Weg, den er einschlug, verschärfte, wie er offen eingestand, kurzfristig die Wirtschaftskrise und trieb auch die Arbeitslosenzahlen weiter in die Höhe. Am Ende dieses Wege sollte jedoch der Verzicht der Ententemächte auf die Reparationen stehen, während der Verlauf der Wirtschaftskrise nach Brünings Ansicht nicht wesentlich – im guten wie im schlimmen – durch staatliche Maßnahmen zu beeinflussen war.

Ein Ende der Wirtschaftskrise und ein Zurückgehen der braunen Flut war auch im zweiten Jahr der Regierung Brüning noch nicht abzusehen. Trotz der sprunghaft stärker werdenden NS-Bewegung tolerierte der Reichstag, vor allem die SPD, die Regierung. Die politische Abhängigkeit des Kabinetts vom Vertrauen des Reichspräsidenten war deshalb bei weitem nicht so groß wie unter Brünings Nachfolgern v. Papen und v. Schleicher, die sich im Reichstag kaum noch auf größere Gruppen stützen konnten, von einer Tolerierungsmehrheit ganz zu schweigen. Das Vertrauen des vom Volke gewählten Präsidenten ist allerdings für Brüning die entscheidende Legitimationsquelle der Exekutive in der Notlage des Reiches gewesen. Damit verschob er bewusst das Schwergewicht der Macht zur Exekutive hin, ohne den politischen Kampf um das Schicksal der Weimarer Republik entscheiden bzw. gewinnen zu können.

Der Auszug der »Nationalen Opposition«, d. h. der Rechtsparteien NSDAP und DNVP aus dem Reichstag am 9. Februar 1931 war ein bedrohliches Zeichen für die Zukunft der Präsidialregierung Brüning. Die außerparlamentarische Agitation der Rechtsparteien führte im Oktober 1931 zur »Harzburger Front«, einem Bündnis der Rechtsparteien und der rechtsorientierten Verbände gegen die Regierung. Die bei dem Treffen in Bad Harzburg vertretenen Gruppen, unter denen der rund 500.000 Mitglieder umfassende »Stahlhelm«, der »Bund der Frontsoldaten«, die Hauptrolle spielte, forderten den Rücktritt Brünings, die Aufhebung der Notverordnungen sowie Neuwahlen im Reich und in Preußen.

Die Reparationsfrage

Brüning strebte, wie bereits angedeutet, einen Verzicht der Alliierten auf Reparationen nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages und des Young-Planes an. Dieses Ziel war nach Lage der Dinge realistisch, wie das sogenannte Hoover-Moratorium für die interalliierten Kriegsschulden und deutschen Reparationszahlungen beweisen sollte, das die gegenseitigen Zahlungsforderungen – Reparationen und interalliierte Schulden – ab 1. Juli 1931 für ein Jahr

aussetzte. Ein erster Erfolg der Kontakte des Kanzlers mit der Gegenseite – sie durften offiziell allerdings nicht Verhandlungen genannt werden und blieben ohne offizielles Communiqué – war Brünings Besuch in Chequers vom 5. bis 9. Juni 1931. Dort gewann er die Sympathie und das Vertrauen des britischen Premierministers Ramsay MacDonald – trotz des verunglückten »Tributaufrufs« der Reichsregierung vom 5. Juni, der offen das Ende der Reparationen gefordert hatte. Diese Begegnung, die dem Außenpolitiker Brüning auf dem internationalen Parkett Ansehen verschaffte, hätte zu einem innenpolitischen Triumph werden können, wenn die Popularität des Kanzlers in Deutschland nicht schon einen Tiefpunkt erreicht gehabt hätte.

Während der Gespräche von Chequers war die Nachricht von der drohenden endgültigen Zahlungsunfähigkeit der »Österreichischen Creditanstalt« eingetroffen. Kurz darauf brach einer der größten deutschen Textilkonzerne, die »Nordwolle«, zusammen. Der Untergang ihrer Hausbank, der »Darmstädter und Nationalbank« (»Danat-Bank«), einer der vier deutschen Großbanken, folgte. In der »Danat-Nacht« vom 12. zum 13. Juli 1931 musste die Regierung per Notverordnung eine Reichsgarantie für die Bank geben, am Tag darauf Bankfeiertage festsetzen und schließlich eine Reihe weiterer Verordnungen über den Devisen- und Zahlungsverkehr, die Presse, die Kapital- und Steuerflucht und sogar über Auslandspaßgebühren erlassen.

Die englischen Staatsmänner hatten Brüning in Chequers nur indirekt ihre Hilfe zugesagt. Mit ihrer Unterstützung kam allerdings zwei Wochen später das Hoover-Moratorium zustande. Brüning gab sich mit dem Moratorium nicht zufrieden und verlangte weiterhin eine Revision des Young-Planes, der auf der nicht mehr zutreffenden Annahme beruhte, der Umfang der Weltwirtschaft und der internationale Gütertausch nehme kontinuierlich zu. Gewiss war Brünings Vorgehen durch taktische Momente mitbestimmt, die auf die Interessen seiner Gesprächspartner genau berechnet waren; auch seine Sympathie für Großbritannien und die britische Politik spielte mit. Eine ähnlich günstige Atmosphäre wollte sich bei den Gesprächen mit französischen Diplomaten und Politikern auf der nachfolgenden Pariser Konferenz im Juli 1931 nicht einstellen. Immerhin gewann Brüning das persönliche Vertrauen des französischen Ministerpräsidenten Pierre Laval (1883–1945).

Die Wirtschaftslage in Deutschland verschlechterte sich von Tag zu Tag. Im Bewusstsein der Öffentlichkeit war keiner der unbestreitbaren Erfolge des Kanzlers auf dem diplomatischen Parkett eindrucksvoll genug, um seiner Politik den erforderlichen Rückhalt bei der Mehrheit der Bevölkerung zu geben oder ihn gar populär zu machen.

Brüning wollte durch »sachliche Arbeit«, letztlich aber doch durch greifbare Erfolge, die Öffentlichkeit gewinnen. Dies gelang nur in sehr bescheidenem Maße. So hatte schon die seit Jahren ersehnte endgültige Räumung des Rheinlandes bis zum 1. Juli 1930 der Reichsregierung kaum Sympathien eingebracht, die

ihr bei den Wahlen zwei Monate später hätte zugute kommen können. Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion wurde durch das Versagen des Auswärtigen Amtes zur Unzeit bekannt und scheiterte dann am Widerspruch Frankreichs und der östlichen Nachbarländer. Die Idee war in Deutschland populär; um so größer war die Enttäuschung, als das Projekt am 5. September 1931 vom Haager Gerichtshof verworfen wurde. Die rechtsradikale Propaganda schlachtete diese Niederlage der Regierung aus. Für die Masse der notleidenden Deutschen brachten Brünings außenpolitische Aktivitäten dagegen keine greifbaren Ergebnisse. Was Brüning in seiner Kanzlerzeit zuwege gebracht hatte, wirkte sich erst langfristig aus. Seine Nachfolger ernteten die Früchte seiner Politik. Papen brachte die Streichung der Reparationen von der Lausanner Konferenz im Sommer 1932 mit nach Hause. Hitler profitierte schließlich von dem seit 1932 sich allmählich abzeichnenden Aufschwung der Wirtschaft, auf den Brüning alle Hoffnungen gesetzt hatte.

Kalkuliertes Risiko?

Brüning nahm den Vorwurf, er sei ein »Hungerkanzler«, als Propagandaschlagwort der radikalen Parteien hin, da er nach seiner Überzeugung alles tat, um die Wirtschaftskrise zu beenden, zumindest zu mildern. Auch Beschäftigungsprogramme – produktive Erwerbslosenfürsorge genannt – und vielfältige Hilfsmaßnahmen des Reiches gehörten dazu, wie der Freund und Ministerkollege Treviranus in seiner Brüning-Biographie betont. Sie seien freilich unzureichend gewesen, auch wenn es unter dem »Hungerkanzler« im allgemeinen keine »Hungerödeme, kein Sterben vor Hunger« gegeben habe.

Notleidende lassen sich jedoch selten durch den Hinweis auf das Schicksal derjenigen trösten, denen es noch schlechter geht. So war der Anteil der Arbeitslosen unter den Erwerbsfähigen in Großbritannien während der Krise größer als in Deutschland. Gewiss hat die Regierung den Konjunkturverlauf selbst nicht durch größere Investitionen zu beeinflussen versucht. Das ist aus guten Gründen kritisiert worden. Der Vorwurf, der Kanzler habe grundsätzlich jede Art von Auslandskrediten zurückgewiesen, war allerdings nur teilweise berechtigt. Dies traf nur auf die mit politischen Bedingungen verbundenen französischen Angebote zu. Andererseits haben aufmerksame zeitgenössische Beobachter erkannt, dass Brüning in der Nachfolge Bismarcks eine langfristig angelegte Politik des kalkulierten Risikos betrieb oder zu betreiben versuchte. Dazu gehörten eine vorübergehende Verschärfung der Depression ebenso wie die Furcht des Auslandes vor einer nationalsozialistischen Diktatur. Der Journalist Fritz Klein schrieb am 17. Mai 1930 in der Deutschen Allgemeinen Zeitung: »Brüning selbst hat sich zur Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten im wesentlichen deshalb entschlossen, weil er es sich nicht nehmen lassen wollte, das gewichtigste Argument dieser radikalen Opposition in die Waag-

schale der Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten zu werfen«. Der Kanzler versuchte die Furcht vor den Nationalsozialisten im Ausland bei seinen Verhandlungen, insbesondere mit Frankreich, auszunutzen.

Brüning setzte alles daran, dem Ausland deutlich zu machen, dass Zugeständnisse in der Reparationsfrage unumgänglich seien. Zunächst suchte er den guten Willen seiner Regierung durch Sparmaßnahmen aller Welt vor Augen zu führen und stellte seine Politik als einzige Alternative zur drohenden Hitler-Diktatur dar. Am 13. Oktober 1931 erklärte er vor dem Reichstag: »Wir sind die erste Regierung gewesen, die aus eigener Kraft erfüllt hat, nicht auf Grund von Anleihen, sondern durch eine Gestaltung der Handelsbilanz mit allem, was damit zusammenhängt In diesem Augenblick zeigt es sich, dass es mit den Reparationen nicht geht. Denkschriften, dickleibige Bände, Exposés und fulminante Reden werden die Welt nicht von der Notlage Deutschlands überzeugen, sondern sie wird überzeugt, wenn eine Regierung den Mut hat, die Konsequenzen aus der Lage in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu ziehen und die Karten aufzudecken.«

Tatsächlich deckte Brüning seine Karten nicht auf, zumindest nicht ganz. Denn er versuchte, die Staats- und Wirtschaftskrise zunächst durch Sparmaßnahmen, dann aber vor allem durch eine aktive Außenpolitik zu überwinden; Chancen und Risiken wog er nüchtern ab, letztlich überzeugt, dass es darauf ankam, die bestehenden Möglichkeiten zu nutzen. Bei seinem Amtsantritt hatte er in seiner unterkühlt wirkenden Art gesagt: »Ich weiß, dass ich eine Situation übernehme, die zu neunzig Prozent verloren ist.«

Zweifellos hätte Brünings Experiment – die Lösung der Reparationsfrage im Zeichen der Wirtschaftskrise – noch in seiner Amtszeit gelingen können. Der Begriff Experiment wurde schon von den Zeitgenossen verwendet. Dass er selbst stets dieser Ansicht gewesen ist, wird man ihm nicht verübeln. Wer ihm politische Fehler vorhält, muss auch die Umstände, den Spielraum seines Handelns, würdigen. Dies verweist wieder auf das Zentrum der politischen Entscheidungen in der Wilhelmstraße.

»Wir alle haben Fehler gemacht, manche mit Ihnen gemeinsam«, schrieb ihm sein früherer Reichstagskollege Theodor Heuss zum 70. Geburtstag. »Der Vorwurf, der Ihnen wohl vordringlich gemacht wird, ist der, dass Sie Untreue und Intrige nicht in Ihr Kalkül aufgenommen haben, wie es jeder deutsche Stammtisch nach einem populären Vortrag über den unverstandenen Machiavelli zu tun pflegt.« Gewiss fragt man sich, worin die Tugenden des Politikers bestehen sollen, wenn nicht in der Fähigkeit, mit Menschen, vor allem mit widerstreitenden Gruppen und Parteien, umzugehen. Im Falle Brünings liegen die Dinge komplizierter. Er ist nie populär gewesen, strahlte aber persönliche Autorität und Würde aus, die auf viele Menschen faszinierend wirkten, mit denen er unmittelbar zu tun hatte oder die dem Lager der gemäßigten Parteien anhängen. Das Pathos der Selbstlosigkeit wirkte allerdings weniger einneh-

ment auf die breite Masse als die Tiraden Hitlers und Goebbels' oder die Aktionen der nationalsozialistischen Hetzpropaganda. Die persönliche Anspruchslosigkeit des Kanzlers, der bewusst hervorgekehrte vornehme Stil des »Staatsmanns« ist von vielen seiner Anhänger als durchaus zeitgemäß anerkannt worden. Die Public-Relations-Arbeit der Reichsregierung wurde jedoch mit Recht angesichts der massiven NS-Propaganda oft als unzureichend beklagt. Dem Kanzler selbst war jede Werbung für seine Person augenscheinlich zuwider, zumindest erweckte er – wenn auch nicht ohne einen Anflug von Präntention – diesen Anschein.

Die Reichspräsidentenwahl 1932

Ein anderer Aspekt: Die Regierung Brüning war vor allem seit der Regierungsumbildung im Herbst 1931 ein sogenanntes Präsidialkabinett. Der Kanzler war vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhängig; doch dieser brauchte seine Hilfe im Frühjahr 1932, um gegen Hitler wiedergewählt zu werden. Für Brüning war ein solcher Wahlkampf in einer Zeit, in der die Arbeitslosenzahl auf über sechs Millionen stieg, ein gefährliches politisches Unternehmen. Der Versuch des Kanzlers, Hindenburgs Amtszeit durch ein verfassungsänderndes Gesetz zu verlängern, scheiterte an der Taktik der Rechtsparteien, denen daran gelegen war, dass sich Hindenburg von Brüning trennte.

Der DNVP-Vorsitzende Hugenberg war die treibende Kraft hinter den Kulissen. Ihm kam es darauf an, einen Prestigeerfolg der Regierung zu verhindern, falls Brünings Vorschlag im Reichstag die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhielt. Hitler dagegen deutete zunächst in einem Gespräch unter vier Augen sein Einverständnis mit Brünings Plänen an; schließlich aber spielte er sich in einem Brief an den Kanzler als ein fragwürdiger »Hüter der Verfassung« (Carl Schmitt) auf. Brüning verwies darauf, dass die Reichsverfassung nach Artikel 76 sehr wohl geändert werden könne, um Hindenburgs Amtszeit zu verlängern.

Der Reichspräsident selbst war über die Verhandlungen verärgert. Die politischen Bedingungen, die die Nationalsozialisten stellten, hielt er für unannehmbar, obwohl er seit langem eine Regierung der Rechten wünschte. Die Wahlen vom 13. März und 10. April 1932 bedeuteten für Hindenburg eine Enttäuschung. Er erhielt zwar im ersten Wahlgang die relative und im zweiten die absolute Mehrheit, war aber nur von den demokratischen Parteien unterstützt worden, die mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei sieben Jahre zuvor für seinen Konkurrenten Wilhelm Marx eingetreten waren. Die Kräfte, die 1925 hinter Hindenburg gestanden hatten, ließen ihn jetzt im Stich. Der »Stahlhelm« und die Deutschnationalen hatten zunächst die Splitterkandidatur des Stahlhelmführers Duesterberg und schließlich die Wahl Hitlers empfohlen.

Hindenburg, Ehrenmitglied des »Stahlhelm«, verübelte es dem Kanzler, dass er in dieses politische Dilemma geraten war.

Hindenburgs Wahlsieg war das Werk Brünings gewesen. Was bei einem anderen Politiker in einer anderen Situation als Meisterstück politischer Kunst – gleichsam als erfolgreiche Anwendung einer schiefen Schlachtordnung auf dem politischen Felde – gefeiert worden wäre, wurde für den Kanzler zur Niederlage, nicht nur, weil Hitlers Kandidatur in großen Teilen der Öffentlichkeit als eine Art Achtungserfolg, fast als Etappensieg, gewertet wurde. Hindenburgs knapper Sieg war dagegen ohne Glanz. Doch glaubte das greise Staatsoberhaupt, nunmehr auf Brünings Dienste verzichten zu können. Einen ersten konkreten Anstoß zum Bruch zwischen Kanzler und Präsident bildete das Verbot der nationalsozialistischen Kampfverbände SA und SS unmittelbar nach den Wahlen durch Reichswehrminister Groener, der seit Oktober 1931 auch das Innenressort leitete. Der Zeitpunkt für diese Maßnahme schien günstig – unter der Voraussetzung, dass sie von der öffentlichen Meinung gebilligt und der Kanzler vom Reichspräsidenten im Amt gehalten worden wäre.

Hindenburg ließ sich vor allem durch die Kritik der rechtsorientierten Öffentlichkeit, aber auch aus maßgeblichen Führungskreisen der Reichswehr am SA- und SS-Verbot gegen den Kanzler einnehmen, da das »Reichsbanner«, eine demokratische bzw. wie man damals sagte: »republikanische« Schutzorganisation, nicht ebenfalls verboten worden war.

Osthilfe und Siedlungspolitik

So entschied sich Brünings Schicksal in der Innenpolitik. Dass er noch auf der Genfer Abrüstungskonferenz im Februar 1932 die deutsche Forderung nach »militärischer Gleichberechtigung« – gemeint war eine begrenzte deutsche Aufrüstung – angesichts der unterbliebenen internationalen Abrüstung seit 1919 – eindrucksvoll vertreten und sein internationales Ansehen noch gesteigert hatte, wurde in Deutschland nur am Rande vermerkt. Stärker beachtet wurden die Maßnahmen der Regierung im Innern; etwa jene, mit denen sie der chronisch notleidenden Landwirtschaft östlich der Elbe helfen wollte. Das Osthilfe-Gesetz vom 31. März 1931 sah eine finanzielle Unterstützung vor allem der landwirtschaftlichen Großbetriebe über 100 ha, daneben auch von Betrieben von mittlerer Größe über 20 ha vor. Die vom Reich und von Preußen aufbrachten Kredite in den Jahren 1931 bis 1933 kamen in erster Linie dem Großgrundbesitz zugute. Die sogenannten Junker erhielten insgesamt den Löwenanteil in Höhe von 806 Millionen, die Kleinbauern dagegen nur 43 Millionen Reichsmark. Angebliche oder tatsächliche Unregelmäßigkeiten bei der Zuweisung der Kredite durch die Landwirtschaftskammern erregten öffentliches Aufsehen und standen im grellen Kontrast zur Sparpolitik der Regierung. Andererseits liefen gerade die Agrarverbände, vor allem der Reichslandbund,

Sturm gegen die Ansiedlung von Klein- und Neubauern in den schwach besiedelten Gebieten im Osten des Reiches. Die Landwirtschaftspolitik der Regierung wurde von den großen Agrarverbänden als »Agrarbolschewismus« diffamiert. Diese Parole wurde im Frühjahr 1932 schließlich auch in der Umgebung des Reichspräsidenten laut. Einer der prominenten Wortführer war hier der Rittergutsbesitzer Elard von Oldenburg-Januschau, ein Vertrauter Hindenburgs. Die Ostsiedlungspolitik hatte Hindenburg seit längerem argwöhnisch verfolgt. Er war selbst Gutsbesitzer in Ostpreußen, nachdem ihm die deutsche Industrie 1927 das Gut Neudeck geschenkt hatte.

»100 Meter vor dem Ziel?«

Der Reichslandbund machte Stimmung gegen die Regierung und den Leiter der »Osthilfe«, den deutschnationalen Minister Hans Schlange-Schöningen, als dieser am 9. Mai 1932 einen Notverordnungsentwurf vorlegte, nach dem die Sanierungsmittel für die großen Güter an den Verkauf von Land für die Ansiedlung von Neubauern gebunden wurden. Den seit einiger Zeit erhobenen Vorwurf des »Agrarbolschewismus« zog die Regierung wiederum auf sich, als sie die nicht mehr entschuldungsfähigen Güter enteignen und an Kleinbauern vergeben wollte. Bei Hindenburg fanden die Proteste des Reichslandbundes und der DNVP ein williges Ohr. Er hielt es für untragbar, dass die von der Regierung errichteten sogenannten »Landstellen« sogar die Zwangsversteigerung von Gütern selbständig einleiten konnten, und kündigte in der entscheidenden Unterredung mit Brüning am 29. Mai an, dass er keiner Notverordnung des Kabinetts mehr zustimmen werde. Am folgenden Tag trat Brüning zurück. Karl Dietrich Erdmann meint mit Recht, dass das Ereignis kaum noch mit dem parlamentarischen Stil eines Regierungswechsels vereinbar war und wie eine »regelrechte Hofintrige inszeniert« wurde. Der Reichstag besaß, auch wenn er es gewollt hätte, keine Möglichkeit, den Kanzler etwa durch ein Vertrauensvotum im Amt zu halten. Die Tolerierung erwies sich als ungeeignetes Mittel, eine Präsidialregierung auch gegen den Präsidenten zu stützen.

Als Brüning zurücktrat, wunderte sich Graf Kessler – wie eingangs berichtet – über das Verhalten der Börse, die die zwei Jahre dauernde Reichskanzlerschaft offenbar nicht als Etappe, sondern als letztes Hindernis auf dem Weg ins Dritte Reich wertete. Die Nationalsozialisten sahen in Brüning einen erbitterten Gegner und trachteten nach der »Machtergreifung« Hitlers dem ehemaligen Kanzler ebenso nach dem Leben wie anderen führenden Politikern der Weimarer Zeit. Dass Brüning die nationalsozialistische Bewegung bekämpfte, ist nicht zu bestreiten, auch wenn er erwog, die NSDAP in die Regierungsverantwortung in Preußen und Hessen gelangen zu lassen. Auf Reichsebene wollte er angeblich eine Regierung der Rechten vorbereiten – faktisch um Zeit zu gewinnen, um die internationalen Verhandlungen abzuschließen. Dieses »Zäh-

mungskonzept« wurde auch von anderen demokratischen Politikern verfochten. Persönlich schloss er den Eintritt in ein solches Koalitionskabinett aus.

Zwiespältige Bilanz

Die Bilanz der Regierungszeit Brünings fällt zwiespältig aus. Im Zentrum der Kritik steht nach wie vor die in Zielsetzung und Wirkung umstrittene Deflationspolitik, insbesondere nachdem der Münchener Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt Ende der siebziger Jahre die »Zwanglagen und Handlungsspielräume« der Brüning'schen Wirtschaftspolitik in einer eingehenden Untersuchung als außerordentlich begrenzt nachzuweisen versucht hat. Für eine antizyklische Konjunkturpolitik im Sinne von Keynes habe sich zum günstigsten Zeitpunkt – etwa im Frühjahr 1931 – keineswegs die Mehrheit der Experten und einflussreichen Politiker ausgesprochen. Brüning erkannte – höchstwahrscheinlich – nicht in der notwendigen Klarheit, dass die auch von ihm wiederholt öffentlich beschworene Inflationsgefahr in einer schrumpfenden Volkswirtschaft nicht bestand. Diese Einsicht verbreitete sich unter den Fachleuten erst seit Herbst 1931 (Silverberg-Plan, WTB-Plan), die allerdings nur eine höchst begrenzte, faktisch fast unwirksame Kreditschöpfung zur Schaffung von Arbeitsplätzen befürworteten. Brüning folgte im übrigen dem rigiden Sparkurs des Reichsbankpräsidenten Luther. Gewiss kann nicht die Rede davon sein, dass das Ziel seiner Haushaltssanierung in der Deflation bestanden habe. Diese war zunächst eine Begleiterscheinung, die er in Kauf nehmen zu können glaubte, später erwog er zahlreiche Maßnahmen, sie zu dämpfen, einschließlich stillschweigender Formen der Kreditausweitung zum Zweck der Arbeitsbeschaffung. Im Gespräch mit Keynes verteidigte er Anfang Januar 1932 seinen Kurs (Rücksicht auf das Reichsbankgesetz, Notendeckungspflicht usw.), war sich aber der Problematik sehr wohl bewusst.

Seine Bedenken gegen eine umfassende kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffung – sie hätte, wie angedeutet, mehrere Milliarden Reichsmark bei einem ordentlichen Haushalt von etwa 10 Milliarden Reichsmark umfassen müssen – äußerte er dagegen mehrfach. Dies lässt den Schluss zu, dass das Ende der Reparationen für ihn spätestens im Herbst 1931 unbedingte Priorität gewann. Im Frühjahr 1932 schien sie in wenigen Wochen erreichbar zu sein, während die Bekämpfung der Depression ohnedies längere Zeit beanspruchen würde. Er versprach sich erhebliche innenpolitische Auswirkungen einer solchen außenpolitischen Entscheidung. Mit einem kurzfristigen Wirtschaftsaufschwung rechnete er nicht.

Noch einmal zu den Zwangslagen und Handlungsspielräumen seiner Politik: Kritiker Brünings verweisen auf Brünings Improvisationstalent. Seine Politik habe auf einem »erstaunlich flexiblen System taktischer Aushilfen« (H. Mommsen) beruht. Auch dies deutet auf die Handlungszwänge und Abhängigkeiten, denen er unterlag und denen er zu entgehen suchte, personifiziert

etwa in Hindenburg, Schleicher und Luther. Die greifbar nahe scheinende Lösung der Reparationsfrage, nachdem der sogenannte Beratende Sonderausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die Zahlungsunfähigkeit des Reiches im Hinblick auf die Reparationen indirekt festgestellt hatte, sollte den angeblich vorhandenen »großen Plan« ersetzen, von dem er gelegentlich auch öffentlich sprach. Teile der Öffentlichkeit erwarteten von ihm einen solchen Plan; andere trauten ihm aber ein solches Projekt ohnehin nicht zu.

Der Sturz des Kanzlers beruhte nicht in erster Linie auf Intrigen, die während des Pfingsturlaubs von Hindenburg in Neudeck im Frühjahr 1932 gesponnen wurden, so belastet auch die Beziehungen zu Hindenburg und Schleicher seit dem Herbst 1931 auch gewesen sein mögen. An jenem 29. Mai 1932 beging Brüning im Gespräch mit dem Präsidenten schwerwiegende taktische Fehler. Dies gilt vor allem für sein unangebrachtes Rücktrittsangebot, das er unter allen Umständen hätte vermeiden müssen. Verhängnisvoller und in der konkreten Situation entscheidend aber war, dass er die Begegnung mit Hindenburg offenkundig nicht ausreichend vorbereitet hatte. Er hatte sich weder mit Schleicher darüber verständigt, wie Deutschland auf der kurz bevorstehenden Lausanner Konferenz zu vertreten sei, noch hatte er eine für Hindenburg akzeptable Lösung in der Nachfolge Groeners gefunden. Groener hatte wenige Tage zuvor seinen Rücktritt als amtierender Innenminister erklärt, war aber auch als Reichswehrminister kaum noch zu halten. Bei früheren Gelegenheiten hatte Brüning Hindenburg wiederholt zu seinen Gunsten umzustimmen vermocht. Dieses Mal versuchte er gar nicht mehr, Hindenburg einen Kompromiss nahezu legen, der für den Reichspräsidenten ohne Gesichtsverlust akzeptabel gewesen wäre. Es waren also gleich mehrere ungelöste Fragen, denen sich der Kanzler nicht mehr gewachsen fühlte.

Ungelöst bleibt insbesondere die Frage, ob Brüning nicht nur an seinen Misserfolgen, sondern auch an seinen relativen Erfolgen im Vorfeld der Lausanner Reparationskonferenz im Juni 1932 gescheitert ist. Sein Nachfolger erreichte das faktische Ende der Reparationen in Lausanne. Diese Frage verweist auf die Fortune, die ihm die Geschichte insgesamt verweigert hat. Wenn die politische Fortune über das Schicksal des Politikers, auch des Staatsmannes, entscheidet, dann ist sie Heinrich Brüning nicht hold gewesen, auch wenn Gegner und Freunde seine politische und moralische Integrität anerkannten und nicht selten bewunderten. Die Ära Brüning enthüllt in dieser Hinsicht ihren gleichsam retardierenden Charakter. Sie verzögerte die Machtübernahme Hitlers mehr als dass sie diese vorbereitete. Es bleibt freilich das Problem einer ungewollten Wegbereiterrolle.